

Landkreis Vorpommern-Rügen

4. Wahlperiode

Antrag

Einreicher:

Kreistagsfraktion DIE LINKE

Vorlagen Nr.:

A/4/0064

Status: öffentlich

Gremium	Zuständigkeit	Sitzungstermin
Kreistag Vorpommern-Rügen	Entscheidung	19.05.2025

Antrag der Kreistagsfraktion DIE LINKE: "Aufhebung des KT-Beschlusses KT 04/72-2025"

Beschlussvorschlag:

Der Kreistag beschließt die Aufhebung des Beschlusses KT 04/72 2025 „Verzicht auf sogenannte Gendersprache“ im Landkreis Vorpommern-Rügen" des Kreistages vom 17.März 2025.

Begründung:

Bei der Beschlussfassung gab es Formfehler. So wurde einerseits die Änderung, eingebracht durch KT-Mitglied Mathias Löttge, als auch der Ursprungsantrag, eingebracht durch die AfD-Fraktion, wenn auch in einer geänderten Fassung, mehrheitlich beschlossen, obwohl sich beide gegenseitig ausschließen.

Das Präsidium hat es versäumt den letztgültigen Beschlusstext zu verlesen.

Die Kreisverwaltung und der Landrat brauchen in der internen Organisation und Kommunikation der Verwaltung nicht auf Vorgaben und Empfehlungen von außen zu achten, es sei denn sie haben Gesetzescharakter. Das gilt auch für den vorliegenden Beschluss. Er überschreitet die Kompetenzen des Kreistages gegenüber der Kreisverwaltung und ist deshalb rechtsunwirksam.

Die auf der Seite der Kreisverwaltung veröffentlichte Form des Beschlusses, anfangs als Bitte an den Landrat, ist in ihrer weiteren Formulierung „Des Weiteren ist sicherzustellen, dass die

Maßgaben des Rates für deutsche Rechtschreibung den mündlichen wie schriftlichen

Sprachgebrauch bestimmen, weil sie den Erfordernissen einer sprachlichen Widerspiegelung der Geschlechtergerechtigkeit hinlänglich entsprechen und gesamtgesellschaftlich akzeptiert sind.“ nicht mehr als Bitte, sondern als Vorgabe zu verstehen

gez. Kerstin Kassner
Fraktionsvorsitzende
Kreistagsfraktion DIE LINKE